



Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble MdB
- Parlamentssekretariat -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum: Berlin, 11.02.2019
Seite 1 von 1

Kleine Anfrage der Abgeordneten Renata Alt, Alexander Graf
Lambsdorff, Nicole Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der FDP betreffend
**„Modernisierung europäischer Infrastruktur im Rahmen der One
Belt One Road Initiative“**
- Drucksache 19/7107

Anlagen: Antwort der Bundesregierung auf die oben bezeichnete
Kleine Anfrage

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, *Kleiner Herr Dr. Schäuble*

als Anlage übersende ich die Antwort der Bundesregierung auf die
oben bezeichnete Kleine Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Bilger
Steffen Bilger

Steffen Bilger MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Koordinator der Bundesregierung für
Güterverkehr und Logistik

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2100
FAX +49 (0)30 18-300-2119

psts-bilger@bmvi.bund.de
www.bmvi.de



Anlage
zum Schreiben
vom 11.02.2019

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Renata Alt, Alexander Graf Lambsdorff, Nicole Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP betreffend

„Modernisierung europäischer Infrastruktur im Rahmen der One Belt One Road Initiative“

- Drucksache 19/7107

Frage 1: *Welche europäischen Infrastrukturprojekte sind der Bundesregierung bekannt, die im Rahmen der chinesischen Initiative der Neuen Seidenstraße geschaffen oder unterstützt wurden und werden? (Bitte nach Zielländern und Infrastruktursparten aufschlüsseln und konkrete Investitionsziele nennen) (ggfs. streichen)*

Antwort:
Der Bundesregierung liegen keine eigenen belastbaren und detaillierten Informationen vor, da die Initiative inhaltlich und geografisch nicht eindeutig definiert ist. Die Bundesregierung unterstützt die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie, die auf einen nachhaltigen und regelbasierten Ausbau von Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie die Unterstützung der digitalen Vernetzung abzielt. Im Verkehrsbereich erfolgen darüber hinaus regelmäßig Gespräche zu Projekten zwischen Europäischer Kommission, EU-Mitgliedstaaten und China im Rahmen der EU-China Konnektivitätsplattform.

Frage 2: *Ist der Bundesregierung die Praxis bekannt, chinesische Kreditzusagen an Konditionen wie die Beauftragung bestimmter Bauträger oder Unternehmen zu binden? (Quelle: <https://www.dw.com/de/schuldenfalle-neue-seidenstra%C3%9Fe/a-43467223>) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung dagegen und wie setzt sie sich für den Erhalt freier Ausschreibungen ein, sofern diese EU-Recht unterliegen?*

Antwort:
Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen belastbaren Informationen vor. Die Bundesregierung setzt sich unabhängig vom Ort des Infrastrukturprojekts für offene, transparente und diskriminierungsfreie Ausschreibungsverfahren und -bedingungen bei Infrastrukturprojekten ein.

Frage 3: *Wie bewertet die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der gemeinsamen Einschätzung der EU-Botschafter mit Ausnahme Ungarns, die chinesische Regierung wolle die Globalisierung nach ihren Vorstellungen umgestalten (<https://www.zeit.de/2018/22/china-investitionen-deutschland-technologie-firmen/seite-2>), die strategische Investition chinesischer Firmen in europäische Verkehrs- und Logistikinfrastruktur, beispielsweise in den Hafen von Piräus und die daran anschließende Schienenverbindung, die auch das Teilstück des Bahnprojekts Budapest-Belgrad umfasst?*

Antwort:

Deutschland und Europa stehen ausländischen Investitionen offen gegenüber; dies folgt u. a. der im EU-Recht verankerten Kapitalverkehrsfreiheit. Inwieweit EU-Mitgliedstaaten unter Beachtung des unionsrechtlichen Rahmens Investitionen ausländischer Unternehmen einer Prüfung und ggf. einer Beschränkung unterwerfen, liegt in der Verantwortung des jeweiligen Mitgliedstaates.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

Frage 4: *Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen des seit 2012 existierenden „16+1-Formats“ auf Einigungsprozesse in den EU-Institutionen ein, insbesondere mit Blick auf eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Rolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes?*

Antwort:

Für die Bundesregierung genießen die Einheit der Europäischen Union, deren kohärentes Außenhandeln sowie die Wahrung der in den EU-Verträgen festgeschriebenen EU-Kompetenzordnung eine hohe Priorität. Einschränkungen hiervon betrachtet die Bundesregierung mit Sorge.

Frage 5: *Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Engagement Chinas in EU-Beitrittsstaaten oder -kandidaten, vorrangig auf dem Westbalkan? Insbesondere mit Blick auf die umfangreichen rechtsstaatlichen Anforderungen, welche die Europäische Kommission vor dem Beitritt von diesen Staaten verlangt?*

Antwort:

Der Annäherungsprozess an die Europäische Union und insbesondere die EU-Beitrittsverhandlungen setzen die sukzessive Anpassung an Politik bzw. Positionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber Drittstaaten sowie die Übernahme des gemeinschaftlichen Regelwerks voraus. Hierzu gehören auch die Gewährleistung eines fairen und transparenten öffentlichen Vergabesystems sowie Interoperabilität und Einhaltung von Umweltschutzzvorgaben bei Infrastrukturprojekten. In diesem Rahmen erwartet die Bundesregierung eine sukzessive Angleichung der Haltung der jeweiligen EU-Beitrittskandidaten gegenüber Drittstaaten an die jeweilige Position der EU.

Frage 6: *Kann die Bundesregierung nach jetzigem Kenntnisstand ausschließen, dass EU-Finanzmittel, z.B. aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, für die Finanzierung des Bahnprojekts Belgrad-Budapest verwendet werden?*

- Frage 7:** *Hat es nach Kenntnis der Bundesregierung bereits eine Auftragsvergabe an Unternehmen gegeben, die auf der EU-Ausschreibung Bauleistung 475836-2017 basiert? Falls ja, welche Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung an diesem Projekt beteiligt und liegen der Bundesregierung Kenntnisse über die Firmen und ihre Eigentümer vor, etwa Gründungsjahr, Mehrheitsbeteiligungen, Geschäftsführer u.ä.? (Bitte nach vorhandenen Kriterien für jedes Unternehmen auflisten)*
- Frage 8:** *Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob auch deutsche Firmen am o.g. Ausbau und an der Modernisierung der Schienenverbindung Budapest-Belgrad beteiligt sind? Falls ja, verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse der zu den Eigentümern (s.o.)? (Bitte sowohl die Firmen auflisten als auch die jeweiligen Kriterien pro Firma aufschlüsseln)*
- Frage 9:** *Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung, die Bahnstrecke werde nach der Modernisierung durch ein ungarisch-chinesisches Joint Venture betrieben, an dem der chinesische Anteil 85 Prozent betragen soll? (<https://www.mdr.de/heute-im-osten/ungarn-china-seidenstrasse-100.html>)*
- Frage 10:** *Ist eine solche Aufteilung einer europäischen Infrastrukturanlage nach Auffassung der Bundesregierung EU-rechtskonform?*
- Frage 11:** *Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Finanzierung des Projekts, das EU-weit ausgeschrieben ist und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Medienberichten, wonach die Bauarbeiten durch ein chinesisches Konsortium ausgeführt werden sollte? (<https://www.mdr.de/heute-im-osten/ungarn-china-seidenstrasse-100.html>)*
- Frage 12:** *Für den Fall, dass es zur Finanzierung aus Frage 11 eine Kreditvergabe gab: Wer ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Kreditgeber und wer der Kreditnehmer? Welche Konditionen liegen der Kreditvergabe zu Grunde, und wie beurteilt die Bundesregierung die Konditionen, insbesondere mit Blick auf die Konditionalität der Finanzmittel, Laufzeit und Zinsen, im Vergleich zu „handelsüblichen“ Krediten?*

Antwort:

Die Fragen 6 bis 12 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist die Vergabe der Bauleistung für den ungarischen Teil des Eisenbahnprojekts Budapest-Belgrad noch nicht erfolgt. Informationen über die Finanzierung, die technischen Einzelheiten und den künftigen Betrieb der Strecke liegen nicht vor. Nach Kenntnis der Bundesregierung laufen diesbezüglich Gespräche zwischen der EU-Kommission und der ungarischen Seite.